

Bezugsgebühr:

Gesetzlich für Dresden bei täglich  
einmaliger Bezugnahme durch untere  
oder obere Post und Postagenten, an  
Samm- und Montags nur einmal  
zu 10,- 80 Pf., durch ausführliche Samm-  
kündige zu 10,- bis 8,- 80 Pf. Bei  
einer einzmaligen Beziehung durch die  
Post 8,- 80 Pf. ohne Briefporto, im Kas-  
tenth mit entsendendem Briefporto.  
Postabend aller Briefe u. Original-  
Mitteilungen nur mit beständiger  
Quellenangabe (Dresd. Stadt.)  
möglich. Rechtliche Honorar-  
ansprüche bleiben unberührte;  
überlangste Wissensreste werden  
nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse:  
Nachrichten Dresden.

# Dresdner Nachrichten

Kotillon Reizende und aparte  
Nouvelles in reicher Aus-  
wahl zu billigsten Preisen  
21 Am See Oscar Fischer Am See 21

Gegründet 1856.

Julius Schädlich  
Am See 16, part. u. 1. Et.  
Beleuchtungs-Gegenstände

für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Bruchleidenden

empfiehlt seine vorzüglich passenden  
und sichere Hilfe bietenden Ban-  
dagen eigener bewährter Kon-  
struktion: Bandagist und Orthopäd.

Würmer bei Kindern und Erwachsenen  
als Maden-, Spul- und Band-  
würmer und andere Darm-  
schmarotzer mit der Brut werden  
absolut sicher vertrieben durch die berühmten Medizinalrat  
Dr. Küchenmeisters Wurmpräparate.  
Zur Darmreinigungskur im März für jedermann unentbehrlich!  
Salomonis-Apotheke, Dresden-A., Neumarkt 8.

Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstr. 38/40.

Anzeigen-Cart.

Einnahme von Anzeigen  
bis mindestens 3 Uhr. Sonn- und  
Feiertag nur Werbungszeit von  
11 bis 14 Uhr. Die einzelnen Ausgabe  
zu 8 Silber 20 Pf. An-  
kündigungen auf der Werbeseite kosten  
so Pf.; die einzelne Seite auf Register  
zu 10 Pf. als Einzelanzeige so Pf.  
In Nummern nach Sonn-  
und Feiertagen 10 Silber 20 Pf.  
Ankündigungen auf der Werbeseite  
so Pf., auf Register 40 Pf.  
Abhaltung einer Seite auf Register und  
Ankündigungen nur gegen Verhandlung.  
Werbeblätter werden mit 10 Pf.  
bedruckt.

Berndrechendstelle:  
Mittl. 1 Nr. 11 und Nr. 2090.

Ferd. Dettmann

Dresden, König Johannstr.  
Optisch-mechan. Institut  
ersten Ranges.  
Theater- und Reisegläser.  
Reparaturen von auswärts aus selben  
Tage zurück. Katalog gratis u. franko.



M. H. Wendschuch sen., nur Marienstr. 22b  
im Gartengrundstück. Sonntags geöffnet von 11-12 Uhr.

Nr. 63. Spiegel: Zur Lage in Russland. Der Leipziger Aerztetag im Reichstage. Dekonom. Gesellsch. Wirtschaft. Witterung: Sonnabend, 4. März 1905.

Zur Lage in Russland.

Das Chaos der Nachrichten über die Vorgänge und Zustände im Innern des zarischen Reiches macht es unmöglich, über Maßnahmen hinauszutreten und sich ein sicheres Urteil über die weitere Gestaltung der innerpolitischen Verhältnisse zu bilden. Auf der einen Seite der Berichterstattung herzlich offenbar die mehr oder weniger besondere Absicht vor, zu überstreichen, während auf der anderen Seite das offizielle System des Vertuschens, des Entstellen, des Totschweigens weiter funktioniert. Die Kontraste der Meldungen bleiben vor der Hand unlösbar, und es steht auch nicht an, etwa daraus die Diagonale zu ziehen, um so den Wahrheitsgehalt festzustellen. Man muss sich vorläufig mit der unleugbaren Tatsache begnügen, dass die Führung fortduert, und das dabei neben dem wirtschaftlichen und sozialen Faktor die politischen Fragen die ausschlaggebende Rolle spielen. Ob aber ein Wandel des autokratischen Verwaltungssystems zu erwarten ist, steht dahin, und selbst im Vorhufe Solo scheint man noch immer rats- und willenlos hin und her zu schwanken, ohne zu einem festen Entschluss zu gelangen.

Das ist eins der verhängnisvollen Momente der kritischen Situation, in der sich Russland zur Zeit befindet, dass der Wille des Zaren ver sagt. In seinen Händen sollte die endgültige Entscheidung liegen, aber sein Wille ist allem Anschein nach so schwach und seine Abhängigkeit von den ihm umgebenden, vermutlich einander konträren Einflüssen so groß, dass er sich aus eigener Initiative nicht zu entscheiden vermögt. Seinen Vorausvorgänger Nikolaus I. hat er zwar selber programmatisch als sein Vorbild angesehen, aber in Wirklichkeit fehlten ihm gerade diejenigen Eigenschaften, die das Wesen dieses Zaren bestimmten, der die drastische Verkörperung des Selbstherrschertums gewesen ist. Unbedingt zuverlässige Nachrichten über die Haltung des Kaisers Nikolaus II. angeht der kritischen Vorgänge in seinem Reiche fehlen naturngemäß; indes gewinnt man immer wieder den Eindruck, dass die Gedanke Russlands nicht durch seinen selbstherrlichen Willen bedingt sind, dass ursprüngliche, feste Willensentschlüsse des Zaren fehlen und bedeutende Entscheidungen, wenn sie einmal erfolgen, alsbald widerstreiten werden. Heute ein Schritt vorwärts, morgen ein Schritt rückwärts: das scheint die Signatur zu sein, Hilflosigkeit, sowie Mangel an selbstständiger Urteilstreit und unabänderlicher Willensenergie kennzeichnen das gegenwärtige autokratische Regime, wenn sie einmal erfolgen, alsbald widerstreiten werden. Heute ein Schritt vorwärts, morgen ein Schritt rückwärts: das scheint die Signatur zu sein, Hilflosigkeit, sowie Mangel an selbstständiger Urteilstreit und unabänderlicher Willensenergie kennzeichnen das gegenwärtige autokratische Regime, wenn sie einmal erfolgen, alsbald widerstreiten werden. Ein überaus bedenkliches Symptom ist das Dementi, das soeben gegen die Meldung gerichtet wird, der Zar habe nicht nur eine Denkschrift des Ackerbauministers Ternolow über die Notwendigkeit einer Verfassung als einzigen Heilmittel in der gegenwärtigen Lage entgegenommen, sondern diesen auch bestätigt, ein Skript an den Minister des Innern und sogar das einschlägige Manifest auszuarbeiten. Es war der offizielle Telegraph gewesen, der diese Meldung verbreitet hatte, und wenn deren Richtigkeit wiederum auf demselben Wege bestätigt wird, so wird dadurch nicht die Glaubwürdigkeit der ersten Nachricht aufgehoben, sondern vielmehr konstatiert, dass der erste folgerichtigste Schritt zur definitiven Entscheidung getan, aber nun zurückgetan ist. Es bietet dieses "Dementi" keine neue Erklärung, es ist lediglich die Wiederholung gleichgearterter Vorgänge, die immer wieder das eine bezogenen, dass die Anarchie auch dort herrscht, von wo aus diejenige bekämpft werden sollte, die an den Grundfesten des Reiches schlägt und rüttelt. Anarchie oben, Anarchie unten, Anarchie überall! Das ist das Bild, das das Dementi vor Augen stellt. Schon vor etlichen Wochen war bereits einmal die Nachricht verbreitet worden, der Ackerbauminister Ternolow habe dem Zaren eine Dankschrift über die Verfassungsfrage überreicht. Auch damals folgte der Volksstaat das Dementi, das insofern glaubhaft erschien, als es die Tatsache eines Willensdrucks befand, der sich unmittelbar unter dem Einbruch der Vorgänge am Tage des Festes der Petersburger Wasserweide vollzogen hatte. Damals wurde unter anderem der Name des jugendlichen ermordeten Großfürsten Sergius als eines der Inspektoren zu angelichendgütiger Stellungnahme des Zaren gegenüber der Verfassungsbewegung genannt, wie auch einige Wochen vorher, als der Zar die Bitte einer Abelsversammlung um eine Verfassung als frech und verwegne bezeichnet hatte. Die Stimmen und Willensregungen des Zaren wechseln offenbar, je nachdem das Pertinentia zu denjenigen die Oberhand hat, die für die Notwendigkeit einer das ganze Regierungssystem beeinflussenden Reform eintreten, oder zu denen, die das bisherige System repräsentieren und jedes Zugeständnis an die liberalen Forderungen als eine schwere Gefahr für die Einheit und Größe des zarischen Reiches erachten. Es war behauptet worden, auf den Entschluss des Zaren, in Form eines Manifestes der Verfassungsfrage einzutreten, habe die Drohung der terroristischen Partei föderativ eingewirkt, dass die Aufführung der Erfüllung einer Konstitution noch vor dem 4. März, dem Jahrestag der Auhebung der Feindbegrenzung, erfolgen müsse, widrigfalls dem Kaiser das schlimmste Schicksal bevorstehe. Die kaum mehr zu bestellende Willensschwäche des Zaren lässt es nicht als ausgeschlossen erscheinen, dass derartige Einschüchterungsversuche nicht ganz wirkungslos geblieben, aber schließlich wieder durch stärkere

Gegenaktionen in der nächsten Umgebung des Monarchen matt gezeigt worden sind, dergestalt, dass der Kaiser heute zwar der Not gebroche, nicht dem eigenen Triebe, sich morgen jedoch von dem Motiv des Zwanges wieder losmache, um den Nutzen des unbedeutlichen Selbstherrschertums wiederzufinden. Auf wie lange, das bleibt wiederum abzuwarten.

Auf die Dauer wird sich schwerlich die Reformbewegung mit den bisher vom Zaren vertragenen Zugeständnissen einzäumen oder meistern lassen, zumal grundsätzlich jede Mitwirkung des Volkes an deren Durchführung vorsiegt und die ganz und gar der Bürokratie überlassen bleibt, deren Willkürherrschaft und Allmacht zu brechen, die erste Bedingung zu einer Anbildung besseren Verhältnisses ist. Die Verheißungen des Reform-Erlasses des Zaren, der im Dezember unter dem Titel "Entwürfe zur Verbesserung der Staatsordnung" erfasst waren, hat allenthalben nur bitter enttäuscht, weil er zugleich die Gewissheit enthielt, dass alle wohlwollenden Absichten des Zaren doch nur papieren Wert besitzen können, wenn vorher der bureaucratische Despotismus nicht gebrochen wird. Im Grunde genommen ist fast die gesamte russische Gesellschaft, soweit sie die "Intelligenz" vertritt, von der Notwendigkeit überzeugt, dass die Dinge so wie bisher nicht weitergehen können. Der grundlosende Adel fordert ebenso entschieden eine Aenderung des russischen Staatswesens, wie die Vertreter der Städte und aller gebildeten Klassen. Auch über die Bestimmungen der niederen Geistlichkeit können Zweifel nicht bestehen, so sehr sich auch die Orthodoxie rühmen mag, der Geist des autokratischen Regiments zu sein. In einer Botschaft an den konservativen "Reichsboten" werden die oben handelnden und durch das Schwergewicht der Tradition geprägten und gehobenen Gewalten zu gekennzeichnet: "Da der schwankende Geist des nominalen Selbstherrschers fast nur noch eine Staatskasse aufzummt, bleiben hier die finstere, räuberische Beamenschaft und die wenigen Großen, die bei dem herrschenden Ausbeutungssystem blühen, mit ihm stehen und fallen und deshalb bis aufs Messer dafür kämpfen. Auf der Seite des ringenden Volkes dagegen stehen die heterogenen Faktoren, die aus den verschiedensten Beweggründen handeln und weit verschiedene Ziele erstreben. Nur eins haben sie alle gemeinsam: den Hass gegen die Ausbeutung durch die herrschenden Klassen der Beamten und Höflinge." Auch der "christliche Anarchist" Graf Leo Tolstoi erklart in der jetzigen Bewegung den Beginn einer politischen Neugestaltung Russlands, obwohl er erklärt, dass hinter denen, die jetzt so ungern Reformen fordern, nur ein kleiner Teil des russischen Volkes stehe. In seiner großen Mehrheit bestehe dieses aus Bauern, und diese hätten nur den einen Wunsch, dass die Scholle, die sie bearbeiten, ihnen gehören, dass der Boden ihr gemeinsames Eigentum sei, an dem der Staat kein Antrecht habe, der nicht Gegenstand des Handels, des Kaufs und Verkaufs sei. Das russische Volk denkt nicht an Revolution, eine solche hätte aber auch gar keinen Sinn, denn heutzutage verfügt die Regierung über genügend Repressionsmittel. Für möglich halte er nur eine Polstrevolution. Dennoch erachtet auch Tolstoi Reformen für unerlässlich und unvermeidlich, weil die Ereignisse sie erforderten. "Was zum 22. Januar," sagt er, "habe ich noch gewissheit, aber nun ist meine Zuversicht geschwunden. Die Regierung muss Konzessionen machen. Wie weit diese gehen werden, das kann ich nicht vorher sagen. Und dennoch bin ich überzeugt, dass vor dem Ende des Jahres mancher Zug in der bisherigen Physiognomie Russlands sich gründlich verändert haben wird."

Berigungsgefecht. Die Verwendung von Blei zu Farben müsse ganz verboten werden. Notwendig seien Arzte in der Gewerbeaufsicht. Auf den Universitäten müsse für Unterweisung der Medizin Studierenden in Gewerbelehre und im Arbeitsleben Sorge getragen werden. Weiter verteidigt Redner den Haushalter, ebenso die Barenhäuser, Kleinhandel und Handwerk taten gut, von den Barenhäusern zu lernen, namentlich in bezug auf die Verarbeitung. Dann geht Redner sehr ausführlich auf das Verhältnis zwischen Kaufleuten und Werkstätten ein, auf die freie Werkstatt und auf den Werkstattleiter in Leipzig, möbel er selbst gegen den "ökonomischen Bundesrat" beschuldigt, Sieb. Mat. Dr. Fischer, wegen dessen getriggter Ausschreibungen polemisiert. Dr. Fischer sei gegen ein Dorf und eine Seele mit den Sozialdemokraten gewesen. In Wirklichkeit habe sich die freie Werkstatt durchaus bewährt. Man durch die Werkzeuge nicht mehrlos den sozialdemokratischen Organisationen ausliefern. (Lärm bei den Sozialdemokraten.) Die Abhängigkeit der Arbeiter von den Kassenvereinheiten sei für den Arbeiterstand politisch und sozial entwederlos. (Lärm bei den Sozialdemokraten.) Wo die Sozialdemokraten in den Kassen die Macht hätten, ließen sie nur sozialdemokratische Werkzeuge ein. (Stimme links: Unverdau!) Vizepräsident Graf Stolberg rägt die unbefriedigten Zwischenzonen zur Ordnung. (Stimme rechts: Lärm.) Wählt eines jeden Staates sei es, einen solchen Umgang abzustellen. (Großer Lärm.) Das sei nicht Selbstverwaltung mehr, sondern nur ein Herrschaft der Selbstverwaltung. — Schlesischer Bundesratsvorsitzender Dr. Mat. Dr. Fischer protestiert gegen die Behauptung, dass er mit den Sozialdemokraten ein Herz und eine Seele sei. Über solle das eine Denazierung sein? Herr Dr. Mugdan muss doch wissen, dass ich mich entschieden den Sozialdemokraten entgegentreten bin. Wenn die Behauptung Mugdans wahr wäre, würde ich es für meine Ehrenpflicht halten, sofort mein Amt niedergelegen. — Abg. Burkhardt (Christlich-Social) wünscht obligatorische Schiedsgerichte, die die Arbeitnehmer bei Konflikten mit den Unternehmen ausruhen gezwungen seien. Dann würden diese Streits unendlich werden. Eine Realisierung des Maximalarbeitsstages von acht Stunden, wie die Sozialdemokraten es wünschten, sei andurchführbar, dogegen sei eine weitere Ausdehnung des Systems des jantären Arbeitsstages zu befürworten. Bei der Landwirtschaft lasse sich ein Maximalarbeitsstag überhaupt nicht durchführen; er sei hier auch nicht notwendig. Einer Vereinheitlichung aller drei Versicherungswege steht als Schwierigkeit die Verschiedenheit in Stadt und plattem Lande entgegen. Redner willt eine gute Arbeitszeit-Reform und Ausdehnung der Bestimmungen der Gewerbeordnung über Einräumung der Kurierfreiheit auf die Zahntechniker. Bei letzter Anstellung von Kassenärzten, an welcher ungenügender Zahl besteht die Gefahr einer zu blödsinnigen Untersuchung der erfundenen Kassenmitglieder. — Abg. Lipinski (Soz.) erhebt Widerspruch gegen die Mugdansche Auffassung, als ob die Kaufleute und deren Vorstände und sonstige Stellen sozialdemokratische Sinturen seien. Das die Klassen lediglich Sozialdemokraten anstellen, sei unzutreffend. Wo werde denn größter Kämmerer getrieben als da, wo die bürgerlichen Parteien am stärksten seien. Redner plädiert schließlich für Erweiterung der Sonntagsarbeitsbestimmungen. — Schluss der Sitzung 6½ Uhr. — Morgen: 1 Uhr Unterricht, betr. Arbeitsämter und Arbeitskammern, und betr. Tierärzten.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Reichstagskommission zur Vorbereitung der Zivilprozeß-Novelle (Entlastung des Reichsgerichts) nahm mit 11 gegen 10 Stimmen die Erhöhung der Rechtskostensumme im Sinne der Regierungsvorlage an (8000 Mark für konforme, 2000 Mark für disiforme Urteile der beiden ersten Instanzen). Damit ist die erste Lesung der Zivilprozeß-Novelle beendet. Hierzu diskutierte die Kommission über einen Antrag Hagemann (nat.-lib.), der eine Entlastung der Straffen des Reichsgerichts hauptsächlich bedurfte erreichen will, dass er die Jurisdiktion der Schöffengerichte wesentlich erweitert. Staatssekretär Dr. Nieberding erklärte, dass die verbündeten Regierungen den Antrag freudig begrüßten. Weiterberatung Dienstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Reichstagskommission zur Vorbereitung des Gelehrtenwurfs über die Freiheit der Religionsausübung (Toleranzantrag) hat § 1 in folgender Fassung angenommen: "Jedem steht innerhalb des Reichsgebietes volle Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften, sowie der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsausübung zu. Den bürgerlichen und sozialdurchsetzenden Pflichten darf durch die Ausübung der Religionen frei Abbruch geschehen."

Preußischer Landtag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus beantragte die Beratung des Kultus-Ereis. Beim Kapitel Kunst und Wissenschaft teilte Minister Dr. Stüdt mit, dass Gesetzentwurf betreffend Erweiterung der städtischen Bauordnung zum Schutze der städtischen Denkmäler und betreffend Schutz historischer Denkmäler vorbereitet würden. — Auf einen in der Debatte fundgegebenen Antrag um Aufzuführung von Frauen zum Studium auf der Berliner Kunsthochschule wurde vom Regierungsrat abgewiesen, dass einige Akademien wie Kassel und Königsberg, Damen zuließen, aber angehört des sozialen Elends in Künsterkreisen würde es für viele Damen zweckmäßiger sein, sich anderen Berufen zuzuwenden. — Beim Kapitel "Technisches Unterrichtswesen" sprach sich Abg. Rehly dahin aus, dass ausländische Studenten nur zu erhöhten Gebühren und nur unter Voranzeigung derselben Vorbildung wie sie von unseren Studenten gefordert werde, zugelassen werden. Seitens der Regierung wurde erwidert, dass von den Ausländern dieselbe Vorbildung verlangt werde. An diesem Wintersemester zeigten auf sämtlichen technischen Hochschulen 2522 Ausländer vorwande, davon entfielen auf preußische Hochschulen nur 627. Russische Studenten seien in ganz Preußen nur 116 vorhanden. — Russische Studenten seien in ganz Preußen nur 116 vorhanden. — Beim Kapitel "Medizinal-Wesen" wurde ein Gesetzentwurf betreffend Reform des Hebammenwesens für die nächste Session angekündigt. — Morgen: Ausführungsgefecht zum Reichstagsbeginn.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Budget-Kommission beschloss die Generaldebatte über den Gesetzentwurf

Friedrich & Glöckner  
streichir. Oelfarben,  
Lacke, Firnis, Schnellfar.  
Färben, Gem. Gossch. Lacki.  
Färben, Tafelwarenstrasse 13.

Neugrundst.: Piatate Silvesc.

Frank.